

08.12.2011 - 03:44 Uhr

Ingelheim: Neuer OB muss um seinen Posten bangen

Ingelheim - Wenn Heidesheim und Wackernheim zu Stadtteilen von Ingelheim werden, bringt dies einige politische Umwälzungen mit sich. Sowohl der Stadtrat, als auch der Oberbürgermeister müssten neu gewählt werden. Schuld daran ist eine Fünf-Prozent-Klausel. Die schreibt die Neuwahlen per Gesetz vor, wie der Sprecher des Innenministeriums, Eric Schäfer, auf MRZ-Anfrage sagte.



Am Wahlabend im August ging Ralf Claus (2. von rechts) noch von acht Jahren im Amt des Oberbürgermeisters aus. Kommt es zur Eingemeindung, müsste er sich aber vielleicht früher einer Neuwahl stellen. (Foto: Harry Braun)

Ist das eine Chance für die CDU, das gerade an die SPD verlorene Amt an der Stadtspitze zurück zu erobern? In Ingelheim scheint diese Information und die dahinter steckenden Chancen und Risiken noch nicht richtig in den Köpfen angekommen zu sein. "Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich das nicht", sagte etwa Noch-OB Joachim Gerhard (CDU), der im Januar abtritt und den Stab an seinen Nachfolger Ralf Claus (SPD) weiter gibt.

Vielmehr verwies er auf die Rechtslage: Das Land gehe in einem solchen Fall von einem Defizit an demokratischer Legitimation aus, das nur durch Neuwahlen behoben werden kann. Wobei Gerhard davon ausgeht, dass man über die Fristen, bis wann Wahlen stattfinden müssten, sicher verhandeln kann.

Claus wollte nichts sagen

Claus wollte zu diesem Thema gar nichts sagen: "Die Stadt spricht mit einer Stimme, verwies der aktuell noch zweite Mann in der Verwaltung auf die Aussagen des OB. Und auch die Fraktionschefs der großen Parteien hielten sich diesbezüglich zurück. Für Norbert Külzer (SPD) käme eine Eingemeindung sowieso zu früh. Und CDU-Fraktionschef Hans-Richard Palm sah keine Notwendigkeit, die Sache zu forcieren und den Nachbarn irgendwelche Angebote zu machen. "Die Verwaltung kann informelle Gespräche führen, ein offizielles Mandat des Stadtrates gibt es aber nicht."

Die informellen Gespräche werden laut Gerhardt auch geführt. Mehr aber auch nicht. Die Fünf-Prozent-Hürde würde jedenfalls locker übersprungen werden. 25.000 Einwohner hat Ingelheim, aus Heidesheim und Wackernheim kämen rund 10.000 dazu: macht 35.000, über ein Drittel mehr. Für die Stadt Ingelheim hätte dies den Charme, dass sie auf einen Schlag zur deutlich größten Stadt im Landkreis Mainz-Bingen würde. Und die Heidesheimer und Wackernheimer würden zwar ihre Unabhängigkeit

verlieren. Dafür wären sie direkt an den Gewerbesteuermillionen der Heimat von Boehringer und Rotwein beteiligt.

Budenheim will nirgendwo hin

Aber ob es wirklich einmal soweit kommt? Das Land will diese Lösung erst mal nicht. Zumindest solange nicht, wie es keine Lösung für Budenheim gibt. Denn für die verbandsfreie Gemeinde geht das Ministerium weiterhin von einem Gebietsänderungsbedarf aus. Im Klartext kann dies nur heißen: Wenn Budenheim auch nach Ingelheim geht, oder etwa Stadtteil von Mainz wird: dann bitte schön!

Aber Budenheim will weiterhin nirgendwohin, wie Bürgermeister Rainer Becker (CDU) in der MRZ vom Mittwoch wieder verdeutlichte. Seine Gemeinde sei gesund, habe einen ausgeglichenen Haushalt, ein Zusammenschluss sei gar nicht nötig. Im Notfall will er gegen eine Zwangsfusion mit wem auch immer klagen.

Spannend dürfte auch eine andere Frage sein. Wie reagiert das Land darauf, wenn sich die derzeit in Heidesheim und Wackernheim offenbar vorherrschende Stimmung pro Ingelheim nach Bürgerentscheiden tatsächlich in belastbaren Zahlen manifestiert - in einem basisdemokratischen Votum, also? Gefragt wäre dann nicht die Landesregierung, sondern der Landtag, wie Eric Schäfer sagte. Denn die mit dieser Eingliederung einhergehende Auflösung der Verbandsgemeinde Heidesheim bedürfe eines Landesgesetzes. Und das muss vom rheinland-pfälzischen Landtag verabschiedet werden.

Von Bardo Faust und Gregor Starosczyk-Gerlach